

---

**Vorsitz: Aserbaidshon****1003. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 9. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)  
Beginn: 10.00 Uhr  
Schluss: 12.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Sadigbayli

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/120/22/Rev.1) (FSC.DEL/120/22/Add.1), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (Anhang 1), Schweiz (FSC.DEL/117/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2) (FSC.DEL/123/22), Vereinigtes Königreich (Anhang 3), Kanada (Anhang 4), Georgien (Anhang 5), Türkei, Litauen (Anhang 6), Frankreich – Europäische Union, Frankreich, Lettland (Anhang 7), Polen, Deutschland (Anhang 8), Österreich, Belgien
- (b) *Militärische Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine:* Russische Föderation (Anhang 9)

Zur Geschäftsordnung: Kanada, Vorsitz, Vereinigte Staaten von Amerika

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

*Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02:* Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 16. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

Präsident Putin erklärte kürzlich, dass sein Krieg gegen die Ukraine, oder, wie er es ganz im Sinne Orwells formulierte, „die militärische Spezialoperation“, „nach Plan“ verlaufe. Lassen Sie uns diese aufschlussreiche Aussage genauer betrachten.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind zutiefst besorgt darüber, was dieser „Plan“ beinhaltet. Verfolgt er etwa die folgenden Ziele?

- Bombardierung des dicht besiedelten Kyjiw um 4 Uhr morgens am ersten Tag der Invasion und Fortsetzung dieser Bombardierung unter eklatanter Missachtung des Lebens von Zivilistinnen und Zivilisten und der Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts?
- Ukrainische Städte wie Charkiw und Mariupol in Schutt und Asche zu legen, so dass sie an Bilder aus längst vergessenen Zeiten in Europa erinnern?
- Die Sperrzone von Tschernobyl für militärische Zwecke zu missbrauchen und das größte Atomkraftwerk Europas anzugreifen?
- Hunderte von ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten zu töten, Tausende zu verwunden und zu traumatisieren, darunter auch Kinder, und – auch durch den unterschiedslosen Einsatz von Streubomben und Vakuumbomben – gezielt zivile Infrastruktur und Krankenhäuser zu zerstören und Menschen auf der Flucht anzugreifen, wie es in Irpin oder Mariupol der Fall war?
- Den sinnlosen Tod oder eine schwere Verwundung von Tausenden von Soldatinnen und Soldaten, Kombattantinnen und Kombattanten zu verschulden?

- Millionen von Menschen in der Ukraine zur verzweifelten Flucht aus ihren Häusern auf der Suche nach einer sicheren Bleibe zu zwingen?

Hat die russische Führung die wirtschaftlichen Folgen für ihre eigene Bevölkerung bedacht, vor denen wir unablässig gewarnt hatten? Der russische Rubel stürzt ab, und Hunderte von internationalen Unternehmen verlassen Russland nicht nur wegen der Sanktionen, sondern vor allem, weil sie mit diesem Aggressorstaat, der unschuldige Menschen tötet, keine Geschäfte machen wollen.

Herr Vorsitzender, unser Standpunkt ist und bleibt klar und eindeutig. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verurteilen auf das Schärfste die durch nichts provozierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, die eine grobe Verletzung des Völkerrechts und der VN-Charta darstellt und die internationale Sicherheit und Stabilität untergräbt. Das Regime Lukaschenkas hat die Nutzung des belarussischen Hoheitsgebiets für den Angriff auf die Ukraine zugelassen und sich damit nach dem Völkerrecht mitschuldig gemacht. Wir verlangen, dass Russland seine militärischen Operationen sofort einstellt, alle seine Truppen abzieht und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkt achtet. Es darf nicht zugelassen werden, dass blanke Gewalt das Recht, demokratische Werte und Entscheidungen sowie das grundlegende Empfinden für Moral und Vernunft mit Füßen tritt.

Wir stehen in dieser dramatischen und tragischen Stunde in voller Solidarität zu den Ukrainerinnen und Ukrainern. Wir unterstützen entschlossen das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihrer Bevölkerung im Einklang mit Artikel 51 der VN-Charta zu verteidigen. Wir würdigen ihren heldenhaften Widerstand im Kampf um die Wahrung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Unversehrtheit, Demokratie und Würde.

Wir betonen, dass die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Konventionen, keine fakultative Angelegenheit ist – sie gilt ohne Wenn und Aber. Die Einrichtung humanitärer Korridore, die der Zivilbevölkerung Schutz und sicheres Geleit durch örtliche Feuerpausen bieten, ist dringend erforderlich. Wir verurteilen Russland aufs Schärfste dafür, dass es die Öffnung sicherer Korridore behindert und Zivilistinnen und Zivilisten angreift, die vor den Kämpfen fliehen. Humanitäre Organisationen der Ukraine und der Vereinten Nationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), medizinisches Personal und nichtstaatliche Hilfsorganisationen müssen sicheren, schnellen und ungehinderten Zugang zu den Menschen in Not im gesamten Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen erhalten. Besonders dankbar sind wir für die diesbezüglichen Bemühungen des IKRK und erinnern daran, dass seine Embleme durch das humanitäre Völkerrecht geschützt sind und nicht missbraucht werden dürfen.

Herr Vorsitzender, wir hatten ursprünglich für diese Woche geplant, uns in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ständigen Rat auf die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit zu konzentrieren. Es kann derzeit kein *business as usual* geben; wir möchten an dieser Stelle den Mut und die Stärke der ukrainischen Frauen Tribut zollen, die sich gegen den Krieg und die Unterdrückung zur Wehr setzen, die von jenen über ihr Land gebracht wurden, die im Kreml von der Idee besessen sind, „historischen Boden“ zu erobern.

Frauen und Kinder sind in Konflikten und bei Vertreibungen besonderen Gefahren ausgesetzt. Es ist daher von größter Bedeutung, sie vor sexueller Gewalt, Menschenhandel und anderen Formen der Ausbeutung, insbesondere durch die Besatzungstruppen, zu schützen, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt.

Wir möchten den betroffenen Frauen unsere allergrößte Hochachtung aussprechen. Den Frauen, die gezwungen sind, in Kellern, Luftschutzkellern und U-Bahn-Stationen Schutz zu suchen. Den Frauen, die unter den extremen Bedingungen eines Krieges kämpfen, um ihr Heim, ihre Existenz und ihre Familie zu schützen. Frauen, wie die OSZE-Mitarbeiterin Maryna Fenina, die getötet wurde, als sie auf Medikamente für ihren behinderten Bruder wartete.

Frauen stellen mehr als 15 Prozent der Streitkräfte; sie beteiligen sich aktiv und mit unbeirrbarer Entschlossenheit an der Verteidigung ihres Landes. Wir würdigen ihre Rolle im heldenhaften ukrainischen Widerstand gegen die fortgesetzte russische Aggression. Iryna Zwila war Mitglied der ukrainischen Nationalgarde. Sie und ihr Mann wurden am 25. Februar getötet, als sie sich russischen gepanzerten Kampffahrzeugen entgegenstellten, um sie am Einmarsch in Kyjiw zu hindern. Iryna war Mutter von fünf Kindern. Sie sagte, sie kämpfe dafür, dass ihre Kinder und Enkelkinder in einer freien Ukraine leben können.

Auch in Russland wehren sich Frauen aller Altersgruppen gegen diesen durch nichts provozierten Wahnsinn, den Präsident Putin entfesselt hat. Die 81-jährige Ljudmila Wassiljewa, die die Belagerung von Leningrad miterlebt hat, protestierte gegen den Krieg Russlands in der Ukraine. Sie wurde von der russischen Polizei in Gewahrsam genommen. Auch Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren wurden festgenommen, weil sie Blumen vor der ukrainischen Botschaft in Moskau niedergelegt hatten. Wir sind entsetzt über die Skrupellosigkeit, mit der Russland die Wahrheit über seine Invasion in der Ukraine wenig überzeugend zu vertuschen versucht. Aber diese Wahrheit wird in Russland und überall ans Licht kommen. Und sie kommt bereits ans Licht, wie man sieht.

Präsident Putin mag für das offizielle Russland sprechen, aber sicher nicht im Namen des russischen Volkes. Trotz der Dunkelheit gibt es einen Hoffnungsschimmer. Seit dem Beginn des Einmarsches erleben wir jeden Tag, wie Menschen gegen diesen Krieg protestieren, überall auf der Welt, vor allem aber in Russland und Belarus, wo solche Proteste für die Beteiligten mit schweren persönlichen Risiken verbunden sind. Allein am vergangenen Sonntag wurden bei solchen Protesten etwa 5 000 Menschen festgenommen. Wir sind solidarisch mit den Russinnen und Russen, die нет войне (Nein zum Krieg) sagen, und verurteilen die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste gegen den Krieg und von unabhängigen Medien sowie den flächendeckenden Einsatz von Desinformation und Propaganda durch die russischen Behörden und die ihnen nahe stehenden Medien und Handlanger, die eine ungerechtfertigte militärische Aggression zu rechtfertigen suchen. Нет войне (Nein zum Krieg) oder нет войны (Es gibt keinen Krieg) – zwei Narrative in Russland, von denen das letztere von Minute zu Minute absurder wird.

Herr Vorsitzender, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten möchten betonen, wie wichtig es ist, für die Geschehnisse in der Ukraine Rechenschaft einzufordern. Wir begrüßen die Maßnahmen, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der Internationale Strafgerichtshof und der Menschenrechtsrat in dieser Hinsicht ergriffen haben.

Darüber hinaus haben letzte Woche 45 Teilnehmerstaaten, darunter alle 27 EU-Mitgliedstaaten, unterstützt durch die Ukraine, den Moskauer Mechanismus der OSZE in Gang gesetzt da wir über die menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der russischen Invasion und der Möglichkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sehr besorgt sind. Daran besteht kein Zweifel. In der digitalisierten Welt von heute lassen sich solche Verbrechen nicht mehr verbergen. Alle Verantwortlichen werden für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden, auch die beteiligten militärischen Befehlshaberinnen und Befehlshaber.

Abschließend bekräftigen wir unsere Forderung, diesen sinnlosen Angriffskrieg sofort zu beenden. Die ganze Welt schaut zu und fordert das Gleiche. Die Abstimmung in der VN-Generalversammlung letzte Woche mit dem Ergebnis 141 zu 5 spricht eine deutliche Sprache.

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und Albanien<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Norwegen sowie Andorra, Georgien und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Herr Vorsitzender,

wir möchten unserer Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, dass heute keine gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates stattgefunden hat. Eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates wäre die geeignete Instanz gewesen, um sich mit dem vorsätzlichen, durch nichts provozierten und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu befassen, der zu diesem kritischen Zeitpunkt das einzige Thema auf der Tagesordnung der Organisation ist. Mein Botschafter wird morgen im Ständigen Rat auf alle Aspekte dieser Frage eingehen, so wie bereits bei der Sondersitzung des Ständigen Rates Anfang dieser Woche und auf allen vorangegangenen Sitzungen.

Die gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates, die anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit stattfinden sollte, wurde abgesagt. Es ist in der Tat schwierig, dieses Thema heute aufzugreifen, wenn es keinen Frieden und keine Sicherheit für die Frauen in der Ukraine gibt. Tragischerweise haben die dramatischen Ereignisse auch die OSZE-Familie getroffen, denn sie haben uns eine der Unseren entrissen: Die Ukrainerin Maryna Fenina, Mitglied der OSZE-Sonderbeobachtungsmission, wurde am 1. März getötet, als die russischen Streitkräfte Charkiw beschossen. Maryna starb, als sie in einer Warteschlange stand, um für ihren behinderten Bruder Medikamente zu besorgen – ein weiteres ziviles Opfer unter den Hunderten, die ohne Not ums Leben gekommen sind.

Es ist uns ein Anliegen, bei dieser Gelegenheit die Frauen in der Ukraine zu würdigen, die sich voll und ganz, gleichberechtigt und wesentlich am Widerstand ihres Landes gegen die russische Aggression und Kampf um die Erhaltung ihrer Freiheit und Demokratie beteiligen. Wir haben so viele Beispiele für den Mut unserer ukrainischen Schwestern gesehen – von der Babuschka in der südukrainischen Stadt Henitschesk, die mit ihrem Rat an die russischen Soldaten, doch Sonnenblumenkerne in ihre Taschen zu stecken, Bekanntheit erlangte, bis hin zu den Frauen in anderen Städten der Ukraine, die freiwillig zu den Waffen griffen und Molotowcocktails herstellten, um sich gegen die Besatzer zu verteidigen. Ein BBC-Korrespondent berichtete von einer jungen Lehrerin aus Dnipro, die gerade dabei war, einen Molotow-Cocktail zusammenzubauen und erklärte: „Wer hätte

gedacht, dass wir unser Wochenende mit so etwas zubringen würden, aber es scheint das einzig Sinnvolle zu sein, was wir jetzt tun können ... Es ist ziemlich beängstigend.“ Eine andere mutige Frau, eine ukrainische Abgeordnete, die sich mit ihrer Familie in ihrem Keller verschanzt hat, erzählte in der Sendung *Women's Hour* der BBC, wie sie im Umgang mit einem Sturmgewehr unterwiesen wurde, um sich und ihr Land zu verteidigen. Zehntausende von Frauen in der Ukraine seien nun bereit, „um ihr Leben zu kämpfen“, sagte sie.

Und sie kämpfen tatsächlich um ihr Leben. Wir sollten uns daran erinnern, dass „Schutz“ einer der Grundpfeiler der Resolution „Frauen und Frieden und Sicherheit“ ist. Vom entsetzlichen Leid, das Russland mit seinem menschenverachtenden Angriffskrieg verursacht, sind unzählige Frauen und Mädchen sowie besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen betroffen, darunter ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Wir werden nie das erschütternde Bild von den kleinen Mädchen vergessen, die in einem improvisierten Luftschutzkeller in der U-Bahn von Kyjiw kauern, während über ihnen russische Artilleriegeschosse einschlagen. Eine Szene, wie sie sich tausendfach in der Ukraine in den Kellern von Mariupol, Charkiw und anderen Städten zutrug. Auch das Bild der Mutter hat sich unauslöschlich eingebrannt, die am vergangenen Wochenende zusammen mit ihren Kindern durch Granaten getötet wurde, als sie versuchte, von Irpin nach Kiew zu flüchten. Oder die Hunderttausenden Flüchtlinge, die in die Nachbarländer strömen, eine Flut von mittlerweile mehr als zwei Millionen Menschen, zumeist Frauen und Kinder, während ihre Partner, Väter und Brüder zurückbleiben, um zu kämpfen.

Es erreichen uns auch erste Berichte über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt. Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt in Konflikten ist keine unvermeidliche Folge eines Krieges; sie ist ein Verbrechen, und die Täter werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir dürfen auch nicht das Leid der russischen Mütter vergessen. Bevor es strafbar wurde, Derartiges zu veröffentlichen, brachte die *Novaja Gaset* ein Interview mit der Mutter eines jungen Wehrpflichtigen aus der Region Saratow, deren Sohn einen Tag vor seinem 22. Geburtstag in der Ukraine getötet worden war. Sie konnte ihn nicht einmal beerdigen, erzählte sie dem Reporter: „Sie sagten, die Leiche würde erst herausgegeben, wenn alles vorbei sei, um keine Panik auszulösen.“

Die Diskussion über Frauen und Frieden und Sicherheit sollte auch die Rolle der Frauen bei der Friedenssicherung und die Notwendigkeit, Frauen in der Konfliktnachsorge und beim Wiederaufbau zu unterstützen, umfassen. Darauf kommen wir zu einem späteren Zeitpunkt zurück. Im Moment konzentrieren wir uns zu Recht auf die Frauen, die sich an der Verteidigung ihres Landes und ihrer Demokratie beteiligen, und auf die Notlage der Wehrlosen, die unseres Schutzes bedürfen.

Ich weiß, dass mein russischer Kollege sagen wird, Geschichten wie diese haben keinen Platz in diesem Forum, sie fallen nicht unter das „politisch-militärische“ Mandat des FSK. Aber Russland kann sie nicht zum Schweigen bringen – diese Frauen geben Zeugnis von der Wahrheit über den Blutzoll, den die russische Aggression fordert.

Erlauben Sie mir, den gestrigen Aufruf der Sonderbeauftragten des OSZE-Vorsitzes für Genderfragen Liliana Palihovici aufzugreifen: „Zum Internationalen Frauentag wäre die beste Anerkennung für die Frauen dieser Welt, diesen sinnlosen Krieg zu beenden. Das wäre

ein Zeichen dafür, dass das Recht auf ein Leben in Sicherheit für alle Frauen und Männer wiederhergestellt werden kann. Heute, da der Krieg eine Bedrohung für das Leben und die Sicherheit aller Menschen darstellt, müssen die Stimmen der Frauen gehört und berücksichtigt werden.“

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass dies keine russische „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine ist – es ist ein Blutbad. Es gibt keinen beschönigenden Ausdruck für menschliches Leid. Mein russischer Amtskollege kann diese aus dem Leben gegriffenen Geschichten nicht als „hysterisch“ abtun. Ich erinnere Sie daran, dass er am 23. Februar, als wir uns am Tag vor der russischen Invasion das letzte Mal in diesem Forum trafen, unsere Warnungen als eine „hysterische Propaganda-Orgie“ abtat. Er versicherte uns, dass Russland „niemals“ in die Ukraine einmarschieren würde. Entweder hat er gelogen oder er war nicht informiert. Jetzt lässt sich die Wahrheit mit keinerlei Ausflucht oder Projektion vertuschen. Diese Frauen und Mädchen geben Zeugnis davon. Wir werden nicht auf die Propagandamaschinerie eines – moralisch und jetzt auch finanziell – bankrotten Regimes hören.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Diese Erklärung erfolgt zu dem von der Ukraine eingebrachten Thema, und ich ersuche darum, das im Journal des Tages entsprechend festzuhalten.

Herr Vorsitzender,

als wir vor zwei Wochen und, wie wir heute wissen, am Vortag des vorsätzlichen und durch nichts provozierten Einmarsches Russlands in die Ukraine in diesem Forum zusammenkamen, verkündeten unsere russischen Kollegen, die Welt müsse sich keine Sorgen machen, es gebe keinen Krieg, es werde keine Invasion geben, und alles entspringe nur westlicher antirussischer Hysterie. Wie sehr wünschten wir, das wäre wahr.

Denn wenn es wahr wäre, würden wir jetzt nicht die schockierenden und barbarischen wahllosen Angriffe der russischen Streitkräfte miterleben, bei denen unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, auch Kinder, ums Leben kommen.

Doch zu ihrer großen Schande haben unsere geschätzten russischen Kollegen gelogen. Sie haben uns, die Welt und das russische Volk belogen. Wir haben ihre Lügen, ihre Desinformation hingenommen, seit wir im November zum ersten Mal Besorgnisse geäußert und Russland aufgefordert haben, seine Truppenkonzentrationen zu erklären. Ich möchte meinen russischen Kollegen in aller Bescheidenheit bitten, sich nicht länger an dieser Lüge zu beteiligen und sich an die Worte von Alexander Solschenizyn in „Der Archipel Gulag“ zu erinnern, der sinngemäß sagte: „Der einfache Schritt eines mutigen Menschen ist, sich nicht an der Lüge zu beteiligen – ein Wort der Wahrheit wiegt die Welt auf.“

Herr Vorsitzender,

das war kein Fall einer geschickten militärischen Finte, und was Russland getan hat, war keine „Maskirovka“. Der Plan Russlands scheint erschreckend einfach gewesen zu sein: Muskeln statt Hirn. In weniger als zwei Wochen wurde der militärische Verstand, den man Russland zugeschrieben hatte, zunichte gemacht; an seine Stelle traten brutale,

ungeheuerliche Verstöße gegen das Völkerrecht, auch gegen das Recht des bewaffneten Konflikts.

Russland hat wiederholt, so auch heute, behauptet, dass es keine Raketen- oder Artillerieangriffe gegen die Zivilbevölkerung oder auf zivile Ziele durchführe – dem würden wohl alle die unschuldigen Männer, Frauen und Kinder, die in den ukrainischen Städten festsitzen, verletzt oder getötet wurden, entschieden widersprechen.

In den zwei Wochen seit Beginn des Konflikts hat Russland Berichten zufolge folgende Mittel eingesetzt: Mehrfachraketenwerfer, ballistische Raketen vom Typ Iskander, Artillerie, Bodenangriffe aus der Luft, Kampfpanzer, gepanzerte Mannschaftstransportwagen und Zehntausende von Soldatinnen und Soldaten, um damit alle größeren ukrainischen Städte, zivile Infrastruktur und Wohngebiete, Krankenhäuser, Häfen und sogar Handelsschiffe unter ausländischer Flagge im Schwarzen Meer anzugreifen. Der Konflikt hat dem ukrainischen Volk Gewalt in ungeheuerlichem Ausmaß zugefügt.

Die Reaktion des ukrainischen Volkes bei der Verteidigung seines Heimatlandes gegen eine ausländische Invasion war stoisch, geeint und von trotzigem Widerstand. Sein Mut, seine Entschlossenheit und seine Tapferkeit werden in die Geschichte eingehen, angefangen von der Führung durch Präsident Selenskyj in Kyjiw bis hin zu den Tausenden von Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich freiwillig gemeldet haben, um ihr Hoheitsgebiet zu verteidigen.

Währenddessen haben russische Streitkräfte ohne Skrupel das größte Kernkraftwerk Europas angegriffen. Dieser Angriff hätte den Lauf der Geschichte verändern können. Wir sind den ukrainischen Behörden dankbar, dass sie das Feuer unter Kontrolle gebracht haben. Wir sind erleichtert, dass – wie sie sagen – kein radioaktives Material freigesetzt wurde und die Sicherheitssysteme von Saporischschja nicht betroffen sind.

Das ist das erste Mal, dass ein Staat ein mit Brennstäben bestücktes und laufendes Kernkraftwerk unter eklatanter Missachtung des Völkerrechts und des besonderen Schutzes für kerntechnische Anlagen angegriffen hat. Das darf nie wieder geschehen. Und Russland muss den zuständigen ukrainischen Behörden die volle Kontrolle über alle Nuklearanlagen in der Ukraine zurückgeben.

Russland hat behauptet, der Krieg verlaufe nach Plan, aber niemand würde das planen, was wir heute erleben. Niemand plant derart katastrophale Verluste an eigenen Truppen, Panzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, Flugzeugen und Hubschraubern. Am Wochenende hat Präsident Putin Gesetze verabschiedet, die die Freiheitsrechte der russischen Bevölkerung und der Medien weiter einschränken. Der russische Staat versucht, die Berichtserstattung über den Konflikt auf ein Mindestmaß zu reduzieren und die Auswirkungen seiner Invasion vor der russischen Bevölkerung geheimzuhalten. Präsident Putin und seine militärische Führung haben schwerwiegende Fehleinschätzungen begangen, für die sie sich verantworten müssen werden.

Das Vereinigte Königreich hat gemeinsam mit vielen anderen Ländern wiederholt davor gewarnt, dass jeder militärische Einfall Russlands in die Ukraine ein schwerer strategischer Fehler und der Preis dafür erheblich wäre. Wir werden dafür sorgen, dass die russische Regierung den Preis für ihre Taten bezahlen muss. Das Vereinigte Königreich steht

an der Seite des ukrainischen Volkes. Freunde und Verbündete in aller Welt schließen sich unserer Empörung an. Wir werden mit unseren Partnern zusammenarbeiten – egal wie lange es dauert –, um sicherzustellen, dass die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt werden. Wir werden die Ukraine, unsere Freundinnen und Freunde, auch weiterhin in ihrem Kampf um ihr Heimatland unterstützen.

Danke. Ich bitte noch um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

zwei Wochen ist es her, seit die Russische Föderation in den frühen Morgenstunden mit einer großangelegten, bereichsübergreifenden Invasion in ihr Nachbarland Ukraine einmarschiert. Wir kannten die wahren Absichten Russlands, wir wussten, dass Belarus nicht die Wahrheit sagte, und nun ist die Wahrheit für die ganze Welt offensichtlich. Das war ein gezielter und vorsätzlicher Angriff auf ein Nachbarland, in der erklärten Absicht, einen Nachbarstaat zu zerstören und ihm das Existenzrecht abzuspochen.

Russland versucht weiterhin, uns davon zu überzeugen, dass es bei seiner „militärischen Spezialoperation“ nicht auf die Zivilbevölkerung abziele, aber wir sollten uns nichts vormachen. Es handelt sich nicht um eine begrenzte militärische Aktivität, sondern um Krieg. Russland führt einen regelrechten konventionellen Krieg gegen seinen souveränen Nachbarn. Niemand glaubt, dass es sich um etwas anderes handele als das, was es ist: Krieg. Ein Krieg, in dem die russischen Streitkräfte in zunehmendem Maße unterschiedslos Gewalt anwenden und verbotene Munition wie Streumunition in Wohngebieten einsetzen.

Russland hat fast das gesamte Spektrum seiner konventionellen Fähigkeiten eingesetzt, darunter Bodentruppen, bodengestützte Lenkwaffensysteme, schwere Bomber, Beschießung durch Seestreitkräfte, Landungsschiffe und Sturmtruppen, Luftlandtruppen und Spezialkräfte.

Doch der Mut des ukrainischen Volkes im Angesicht dieser unvorstellbaren Bedrängnis ist unübersehbar, es lässt sich durch nichts von seinem Wunsch abbringen, ein freies, demokratisches Land zu sein, das sein Schicksal selbst in die Hand nimmt.

Herr Vorsitzender,

Russland hat den größten Krieg in Europa seit Generationen begonnen. Bemerkenswerterweise geht Russland hier in der OSZE weiterhin mit der Behauptung hausieren, es habe nicht die Absicht, militärisch gegen die Ukraine vorzugehen, was eindeutig eine unverfrorene Lüge ist. Eine Lüge, die eine aggressive Desinformationskampagne unterstützen soll, mit der Russland seinen abscheulichen Akt der Aggression vor dem russischen Volk unter der

Tünche aus Unwahrheiten und erfundenen Vorwänden zu verbergen sucht. In dem brutalen Vorgehen gegen Antikriegsproteste in russischen Städten, der Inhaftierung Tausender und der Bedrohung aller Medien, die über etwas berichten, was nicht vom Kreml abgesegnet wurde, kommt deutlich die Angst Russlands zum Ausdruck, die einfachen Russinnen und Russen könnten entdecken, dass ihnen eine Lüge aufgetischt wurde. Aber, wie immer, irgendwann werden die Menschen die Wahrheit herausfinden.

Es gilt noch immer, dass die Ukraine nichts getan hat, um diesen Konflikt zu provozieren oder anzuzetteln. Die Ukraine ist nicht der Aggressor. Ganz im Gegenteil. Wie Chefbeobachter Çevik bereits berichtet hatte, hat die Sonderbeobachtermission in der Ukraine im Vorfeld der russischen Invasion keine ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten westlich der Kontaktlinie beobachtet. Es gab keine Bedrohung für die Menschen im Donbass, das war eine Inszenierung Russlands. Russland hat eine Bedrohung nur vorgetäuscht, eine Flüchtlingskrise vorgetäuscht und die Notwendigkeit einer „Intervention“ vorgetäuscht.

Jeder in diesem Saal, und in Wirklichkeit in der ganzen Welt, kann die Fassade durchschauen. Niemand glaubt den Lügen.

Trotz der überwältigenden Beweise aus unzähligen Quellen versucht Russland weiterhin, den Rest der Welt davon zu überzeugen, dass es sich nicht um Angriffe auf die Zivilbevölkerung handle. Das ist, offen gesagt, eine Beleidigung für dieses Forum und das Andenken an Hunderte von Menschen, die in den letzten 13 Tagen durch russische Luftangriffe, wahllosen Artilleriebeschuss und Einschläge aus Mehrfachraketenwerfern getötet wurden. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Es sind unzählige Videos aufgetaucht, die zeigen, wie Wohnviertel mit Artillerie beschossen oder von Raketen getroffen werden. Russland kann sich nicht vor der Wahrheit verstecken. Sie beschießen Wohnviertel vor den Augen der ganzen Welt. Russland kann vielleicht diese Wahrheit vor seiner eigenen Bevölkerung verbergen, aber diese wird die Lügen durchschauen; Russland sollte wissen, dass die restliche Welt die Wahrheit sehen kann. Die Behauptungen der Russischen Föderation, sie würden keine Wohnviertel beschießen, sind eine glatte Lüge. Ich zitiere einen CNN-Reporter, der am Montag live aus einem zerbombten Viertel in Irpin, einem Vorort von Kiew, berichtete: „Russland sagt, es greife nur militärische Ziele an, aber hier gibt es meilenweit keine militärischen Aktivitäten, nur zerstörte Häuser. Entweder ist Russland wirklich schlecht im Zielen, oder es ist ihnen einfach egal.“

Herr Vorsitzender,

es gibt eine humanitäre Krise in der Ukraine, das ist eine Tatsache. Tatsache ist auch, dass die Krise die direkte Folge der russischen Invasion ist. Nichts anderes. Das ist so. Es gibt einen massiven Flüchtlingsstrom, inzwischen sind mehr als 1,7 Millionen Menschen über die Grenze in die Nachbarländer geflohen, sie haben Angst, sie rennen um ihr Leben. Warum haben sie solche Angst? Warum fliehen sie? Die Antwort ist einfach: Sie haben Angst vor den russischen Bomben und der russischen Artillerie, sie fliehen vor den einmarschierenden russischen Truppen. Sie sind stolze Ukrainerinnen und Ukrainer, die Ukraine ist ihre Heimat, jetzt sind sie Flüchtlinge – und Russland ist dafür verantwortlich. Das ist so. Sie fliehen vor Ihnen. Wäre Russland nicht in ihr souveränes Land einmarschiert, gäbe es keine humanitäre Krise. Wenn Sie die humanitäre Krise beenden wollen, ist die Lösung ebenso einfach. Stellen Sie Ihre aggressiven Militäraktionen ein. Beenden Sie den Krieg. Ziehen Sie Ihre Truppen und Ausrüstungen nach Russland zurück, wo sie hingehören, und alle diese Menschen

werden in ihre Heimat zurückkehren können. Oder zumindest in das, was von ihren Häusern übriggeblieben ist, nachdem sie von den russischen Streitkräften bombardiert wurden.

Herr Vorsitzender,

wir sollten uns daran erinnern, dass wir in den vergangenen Jahren bei den Treffen des Forums für Sicherheitskooperation zum heutigen Datum den Internationalen Frauentag begangen haben, und auch wenn wir uns in dieser Woche in unserer Erklärung auf den fortgesetzten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine konzentrieren, sollten wir uns Erinnerung rufen, dass Frauen nach wie vor unverhältnismäßig stark von den Schrecken des Krieges betroffen sind. In den 13 Tagen seit dem brutalen Einmarsch Russlands in sein souveränes Nachbarland haben wir zahllose Szenen gesehen, in denen Frauen und Kinder durch die Schrecken eines wahllosen Artilleriebeschusses und der Luftangriffe aus ihren Häusern vertrieben wurden. Wir wissen, dass tapfere ukrainische Frauen, die in den ukrainischen Streitkräften dienen, zusammen mit ihren Kameraden das höchste Opfer auf dem Altar der Freiheit bringen; wir wissen, dass Mütter und Großmütter in der Angst leben, ihre Kinder könnten Opfer dieses sinnlosen Krieges werden. Das ist das Gesicht eines totalen Konflikts, der die ganze Gesellschaft erfasst, jedes Haus betrifft und jeden Menschen einholt. Das ist das unmittelbare Ergebnis der Entscheidung Russlands, das Gewalt und Aggression dem Dialog und Frieden vorgezogen hat.

In diesen schwierigen und unsicheren Zeiten müssen wir der Wahrheit verpflichtet bleiben. Und die Wahrheit ist, dass die Russische Föderation einen gewaltsamen und ungerechten Krieg gegen die Ukraine führt. Einen Krieg, der unter den Augen der OSZE-Teilnehmerstaaten geplant wurde. Einen Krieg, der vorbereitet und begonnen wurde, während Russland und Belarus vertrauensbildende Mechanismen missachtet und Versuche, die Transparenz zu erhöhen und Vertrauen aufzubauen, lächerlich gemacht haben. Das Vertrauen ist nun zerstört. Transparenz hat es nie gegeben. Alles war eine große Illusion, eine Fassade, die dazu diente, die Vorbereitungen für die Gewalt zu maskieren, die wir jetzt erleben.

Kanada bekräftigt seine bedingungslose Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern haben wir energisch und kollektiv auf diese rücksichtslosen und gefährlichen Handlungen reagiert und werden das auch weiterhin tun. Wir stimmen in den Chor aller Staaten dieser Erde ein und bekräftigen, dass wir an der Seite der Ukraine stehen.

*Slawa Ukraini!*

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung bezieht sich auf den Punkt 1 (a) der Tagesordnung, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an. Ich möchte dem als Vertreter meines Landes noch Folgendes hinzufügen.

Georgien verurteilt erneut nachdrücklich die unprovokierte und ungerechtfertigte Aggression Russlands gegen die Ukraine, die einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Schlussakte von Helsinki darstellt.

Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine über 2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer vertrieben und sind auf der Suche nach Schutz in die Nachbarländer geflohen. Ukrainische Städte, Ortschaften und Siedlungen werden von den Besatzungstruppen ständig massiv und wahllos bombardiert und beschossen. Die Zahl der zivilen Opfer steigt von Tag zu Tag. Wir sind entsetzt über die direkten Angriffe der russischen Streitkräfte auf die zivile Infrastruktur und die Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und medizinisches Personal sowie über Berichte über Vergewaltigungen. Das humanitäre Völkerrecht ist eindeutig, was vorsätzliche und wahllose Angriffe auf die Zivilbevölkerung oder zivile Objekte anbelangt. Diese Angriffe müssen sofort eingestellt werden.

Die schrecklichen Verbrechen, die Russland unter einem erfundenen Vorwand begeht, dürfen nicht ungestraft bleiben. Georgien unternimmt alles, um die Ukraine in dieser Auseinandersetzung zu unterstützen, sowohl hier in der OSZE als auch in allen anderen einschlägigen internationalen Organisationen und Gremien.

Georgien hat am vergangenen Wochenende eine zweite Ladung humanitärer Hilfe in die Ukraine entsandt, um zur Linderung des durch die russische Aggression verursachten humanitären Leids beizutragen. Unsere Unterstützung wird weitergehen.

Herr Vorsitzender,

wir haben die Entwicklungen im Zusammenhang mit den ukrainischen Kernkraftwerken mit großer Sorge verfolgt. Wir fordern Russland erneut auf, die Militäraktionen rund um die Kernkraftwerke unverzüglich einzustellen, alle Truppen abzuziehen und den Ukrainerinnen und Ukrainern die ungehinderte Kontrolle über ihre Anlagen zu überlassen. Georgien unterstützt die Bemühungen der IAEO, die Lage zu stabilisieren und einen Reaktorunfall zu verhindern, der katastrophale Folgen für den gesamten Kontinent haben würde.

Herr Vorsitzender,

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, unter Einschluss der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Wir fordern Russland auf, seine Aggression unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen zu beenden, alle seine Streitkräfte und Waffen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und allen internationalen humanitären und Menschenrechtsmechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Erteilung des Wortes. Litauen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. In Unterstützung unserer ukrainischen Kollegen möchte ich jedoch auch einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Alles, was die russische Delegation gerade von sich gegeben hat, ist eine Ansammlung infamer Lügen. Die vom Leiter der russischen Delegation verwendeten Argumente mögen für seine Interviews mit russischen Propagandamedien geeignet sein, aber nicht für das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK). Hören Sie auf, dieses Forum zur Verbreitung Ihrer Lügen zu nutzen – niemand hier in diesem Raum oder bei diesem Treffen glaubt sie auch nur im Entferntesten, und auch niemand außerhalb der Hofburg.

Auch die russische Bevölkerung schluckt sie nicht. Einige russische Bürgerinnen und Bürger zeigen Mut und gehen auf die Straße, um gegen den Angriffskrieg ihres Landes gegen die Ukraine zu protestieren. Doch viele haben Angst, sich an Protesten gegen den Krieg zu beteiligen, da sie verhaftet werden könnten und ihnen langjährige Haftstrafen drohen. Viele von ihnen sind auch Opfer Ihrer Lügen und Propaganda. Sobald sie jedoch erfahren, dass ihre Angehörigen nicht mehr nach Hause zurückkehren werden – und bisher hat das ukrainische Verteidigungsministerium mindestens 12 000 russische Soldatinnen und Soldaten als im Kampf gefallen gemeldet –, werden sie alle von den Behörden in Russland Antwort auf ihre berechtigten Fragen verlangen.

Ihre Lügen können die Wahrheit nicht übertünchen. Es ist eine wohlbegründete Tatsache – und wir sehen das ja auch vor Ort mit eigenen Augen –, dass Russland der Aggressor, Belarus sein Komplize und die Ukraine das Opfer ist. Ein souveräner demokratischer Staat wird von den beiden undemokratischen Regimen in seiner Nachbarschaft angegriffen.

Die gesamte internationale Gemeinschaft steht der Ukraine bei und unterstützt die ukrainische Regierung und das ukrainische Volk weiterhin angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und des Einmarsches in der Ukraine.

Hören Sie daher bitte auf, über Ihre sogenannte „militärische Spezialoperation in der Ukraine“ Lügen zu verbreiten. Letzte Woche hat Radio Free Europe/Radio Liberty auf Twitter eine sehr gute Info-Grafik veröffentlicht, die zeigt, dass Russland seine Kriege und Angriffshandlungen seit dem Einmarsch in Polen im September 1939 immer als eine Art „Spezialoperation“ bezeichnet hat (<https://twitter.com/RFERL/status/1499388988460785666?s=20&t=uINQ3JbzwSFCBfqjSrWZsA>).

Russland hat seine Dramaturgie nicht geändert. Was Russland jetzt in der Ukraine mit der Beihilfe von Belarus tut, ist ein Verstoß gegen alle möglichen internationalen Normen und Grundsätze, ein schändlicher Angriffskrieg gegen die Ukraine, und Sie werden diese Handlungen nicht rechtfertigen können, egal wie sehr sich Ihre Delegation oder Ihre Propagandaorgane auch bemühen mögen.

Russland muss aufhören, sich hinter dem völlig unbegründeten Konzept der sogenannten „Entnazifizierung“ der Ukraine zu verschanzen. Lassen Sie es mich klipp und klar sagen: Alle diese Fälle von wahllosem Beschuss und sogar Luftschlägen gegen Wohngebiete und andere zivile Objekten in der Ukraine, dieses ganze Verminen von Straßen, die für humanitäre Korridore genutzt werden sollen, alle diese Fälle, in denen das Feuer auf Zivilpersonen eröffnet wird, die vor den Schlachtfeldern fliehen, in denen Menschen auf der Flucht sind, während ihre Häuser geplündert werden, in denen Frauen in den von Russland besetzten Städten der Ukraine vergewaltigt werden, aber auch in denen Ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger hinter Gitter gebracht werden, weil sie die russische Regierung aufgefordert haben, den Krieg und das Blutvergießen zu beenden – das ist der eigentliche Nazismus. In der Tat tauchen auch bereits neue Begriffe auf, um zu beschreiben, was Russland in der Ukraine tut, wie *RashiZm* und *PutiniZm* (Raschismus und Putinismus). Es sind die Aktionen Russlands, die der Entnazifizierung bedürfen.

Es wird Ihnen auch nicht gelingen, Ihre Aggression durch Phrasen über die „Entmilitarisierung“ der Ukraine schönzureden. Seit mehreren Jahren und insbesondere in den letzten Monaten haben wir, nicht zuletzt im FSK, die Frage der beispiellosen militärischen Aufrüstung Russlands an den Grenzen zur Ukraine, in den besetzten Teilen der Ukraine und neuerdings auch in Belarus zur Sprache gebracht. Es sind Ihr Militär und Ihre Waffen, nicht diejenigen der Ukraine, die unschuldige Ukrainerinnen und Ukrainer töten. Und es sind die russischen Streitkräfte, die entmilitarisiert werden müssen. Und wie wir sehen, führen diejenigen, die die Ukraine verteidigen, diese Entmilitarisierung in der Tat recht schlagkräftig durch. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die ukrainische Landbevölkerung würdigen.

Auf dem heutigen Treffen hat sich Russland erneut über unsere militärische Unterstützung für die Ukraine beschwert. Russland ist jedoch das letzte Land, das uns und andere Teilnehmerstaaten darüber belehren sollte, was hier zu geschehen hat.

Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wird Litauen auch weiterhin auf die Notwendigkeiten der Ukraine eingehen und ihr militärische Unterstützung und verteidigungsbezogenen Beistand leisten. Wir werden das auch weiterhin in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht tun und damit der Ukraine helfen, ihr Recht auf Selbstverteidigung gegen die russische Aggression gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen wahrzunehmen. Ich möchte noch hinzufügen, dass unsere Führung bei

der Bereitstellung von Verteidigungswaffen für die Ukraine vor dem 24. Februar stets betont hat: „Wir hoffen und wünschen aufrichtig, dass es nicht notwendig sein wird, diese Verteidigungswaffen einzusetzen“. Zu unserem Bedauern hat sich das nicht bewahrheitet.

Ich möchte auch betonen, dass wir nach wie vor davon überzeugt sind, dass es in Russland und Belarus, einschließlich ihrer diplomatischen Dienste und ständigen Vertretungen bei der OSZE, noch mutige und vernünftige Menschen gibt, die nicht als Helfershelfer der Kriegsverbrechen, die von den russischen Streitkräften mit Unterstützung von Belarus in der Ukraine begangen werden, wahrgenommen werden wollen.

Wir ermutigen sie weiterhin, dem guten Beispiel der Studentinnen und Studenten des Staatlichen Moskauer Instituts für internationale Beziehungen (MGIMO) zu folgen, die einen offenen Brief an Präsident Putin unterzeichnet haben, in dem sie ein Ende dieses Krieges forderten ([https://docs.google.com/document/d/1uAiGSF97ysGKbzC3-6qDGNb0xb6xjvHcKChsQtx9Af4/edit?fbclid=IwAR3Q3e9e0kk7bI3Sn38p\\_iucUqp7DF6rqKOVs7wDnRYZTKJ2muZlxxwD3qs](https://docs.google.com/document/d/1uAiGSF97ysGKbzC3-6qDGNb0xb6xjvHcKChsQtx9Af4/edit?fbclid=IwAR3Q3e9e0kk7bI3Sn38p_iucUqp7DF6rqKOVs7wDnRYZTKJ2muZlxxwD3qs)); oder demjenigen des ehemaligen russischen Außenministers Andrej Kosyrew, der die russischen Diplomatinen und Diplomaten aufforderte, „professionell und nicht wie billige Propagandisten“ zu handeln und aus Protest gegen diese verhängnisvollen Entwicklungen zurückzutreten (<https://twitter.com/andreivkozyrev/status/1498713596900958210?s=20&t=yBGTLESr3cBfGnZRUIJCbdQ>).

Abschließend möchte ich aus einem Lied eines bekannten russischen Sängers und Intellektuellen, Andrej Makarewitsch, Bandleader von *Maschina Wremeni* (Zeitmaschine) zitieren. Der Song trägt den Titel *Моя страна сошла с ума* (Mein Land ist verrückt geworden) und entstand, wenn ich mich nicht irre, 2014, dem Jahr, in dem Russland seinen Angriff auf die Ukraine begann (<https://youtu.be/b2FjeVVftAo>):

„[...]  
И что тут делать, и как тут быть,  
Если всё отныне верх дном.  
Не надо нимбы и крылья растить  
Надо просто не быть говном.

И я уверен только в одном  
Пришла пора выбирать.  
Но если решил не быть говном  
И жить легко и умирать.  
И жить, и не умирать.“

„[...]  
Was soll man tun, wie sollen wir uns verhalten,  
Wenn jetzt alles Kopf steht?  
Man muss sich keinen Heiligenschein und keine Flügel wachsen lassen.  
Man muss nur kein Sch\*\*\*kerl sein.

Ich bin mir nur in einem sicher:  
Die Zeit der Entscheidung ist gekommen.  
Aber wenn man sich entschieden hat, kein Sch\*\*\*kerl zu sein,

fällt es leicht, zu leben und zu sterben.  
Zu leben und nicht zu sterben.“

Litauen unterstützt die Ukraine und das ukrainische Volk auch weiterhin unbeirrbar. Wir bewundern seine Einigkeit und die Entschlossenheit, mit der die Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Heimatland verteidigen. Sie üben nunmehr ihr naturgegebenes Recht auf Selbstverteidigung aus, und wir werden ihnen dafür auch weiterhin jede notwendige Unterstützung zukommen lassen.

Слава Україні! Тримай, Україно! Разом до перемоги!  
Es lebe die Ukraine! Halte durch, Ukraine! Gemeinsam zum Sieg!

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließe sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir jedoch, in nationaler Eigenschaft und in Ausübung unseres Rechts auf Erwiderung auf die zuvor von der Delegation der Russischen Föderation abgegebene Erklärung einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist wirklich abstoßend, dass russische Diplomatinen und Diplomaten solche Unwahrheiten über den Krieg in der Ukraine verbreiten, und zudem sehr traurig, dass sie diese Lügen auch selbst glauben wollen. Schließlich sind sie im Vergleich zum Rest der russischen Bevölkerung privilegiert, da sie in der freien Welt leben und somit in der Lage sind, zwischen Lüge und Wahrheit zu unterscheiden.

Seit letztem Freitag geht Russland härter gegen die Medien und die freie Meinungsäußerung vor als je zuvor in der 22-jährigen Regierungszeit Putins. So wurde der Zugang zu Facebook und zu den wichtigsten ausländischen Nachrichtensendern blockiert und ein Gesetz erlassen, das die Verbreitung von „falschen Informationen“ über den Einmarsch in die Ukraine mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft. Dazu möchte ich Einiges anmerken. Dieser Schritt des russischen Präsidenten beweist, dass er die Auseinandersetzung mit den Menschen in Russland scheut und genau weiß, dass er in jeder freien Auseinandersetzung unterliegen würde. Putin hat Angst vor der Wahrheit.

Die Wahrheit ist, dass der 24. Februar 2022 als der schwarze Tag in die Geschichte eingehen wird, an dem Russland seinen Nachbarstaat Ukraine zynisch und brutal überfallen hat. Wir werden diesen Tag ebenso in Erinnerung behalten, wie wir uns des 22. Juni 1941 erinnern, als die Ukraine auf ähnliche Weise von Nazi-Deutschland angegriffen wurde. Ohne jede Provokation. Ohne jede Rechtfertigung.

In der Tat hat der russische Präsident Putin die größte Katastrophe des 21. Jahrhunderts über sein eigenes Land, über sich selbst und über sein eigenes Volk

gebracht. Der Ruhm des 9. Mai 1945 ist nun durch die Schande des 24. Februar 2022 ausgelöscht worden. Und die wird niemals verblassen.

Mit der Hilfe aus der ganzen Welt werden die Ukrainerinnen und Ukrainer ihre zerstörten Städte und Dörfer wiederaufbauen. Sie wurden von den russischen Streitkräften in Schutt und Asche gelegt. Und das Russland Putins wird nie wieder einen Platz unter den zivilisierten Nationen finden.

Präsident Putin führt zwei Kriege gleichzeitig – gegen die Ukraine und gegen die Menschen in Russland. Er hat Russland seiner Wirtschaft, seiner Beziehungen zur Welt und seiner Zukunftshoffnungen beraubt. Präsident Putin steht jedoch nicht für ganz Russland.

Die Ukraine hat das Recht auf Souveränität und territoriale Integrität. Sie hat das Recht auf Selbstverteidigung. Das ukrainische Volk hat das Recht, in Frieden zu leben. Russland allein ist schuld an diesem Krieg.

Lassen Sie mich noch einmal betonen, dass Lettland in diesem schwierigen Moment an der Seite der Ukraine steht und weiterhin politische, militärische und humanitäre Unterstützung leistet. Lettland bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Russland werden eines Tages die Raketen ausgehen, aber den Ukrainerinnen und Ukrainern wird der Wunsch nach einem Leben in Freiheit und der Mut, dieses Ziel zu verfolgen, nicht abhandenkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich abschließend in aller Deutlichkeit feststellen, dass es absolut inakzeptabel ist, wenn russische Vertreterinnen und Vertreter den Begriff „Entnazifizierung“ verwenden, um den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Letzte Woche, nach dem Raketenangriff des russischen Militärs in der Nähe von Babyn Jar in Kyjiw am 1. März 2022, wandte sich der Oberrabbiner der Ukraine an die Rabbinerinnen und Rabbiner Russlands, die Jüdinnen und Juden in Russland und alle Russinnen und Russen. Rabbi Moshe Reuven Azman erinnerte daran, dass dort 1941 während des Zweiten Weltkriegs zweihunderttausend Juden umgekommen waren. Er verurteilte den Angriff auf die Holocaust-Gedenkstätte und forderte Russland auf, seine Aggression gegen die Ukraine einzustellen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der Sitzung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

da der russische Kollege in seinen Ausführungen Deutschland erwähnt hat, möchte ich von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Der russische Botschafter hat es am 7. März 2022 selbst im Ständigen Rat gesagt: „Nur Fakten zählen“.

Ich bitte den Vertreter der Russischen Föderation daher, sich bei seinen Ausführungen auf Fakten zu beschränken und keine haltlosen Behauptungen aufzustellen.

Fakt ist: Die Regierung der Russischen Föderation führt einen unbegründeten und unprovzierten Angriffskrieg gegen die Ukraine. Da gibt es nichts zu beschönigen. Trotz wiederholter Aufforderung in diesem Forum, über den russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze Transparenz herzustellen, ist Russland über Monate dieser Verpflichtung nicht nachgekommen.

Stattdessen entschied Herr Putin sich dazu, seinen friedlichen Nachbarn, von dem keinerlei Gefahr ausging, kaltblütig zu überfallen – ohne jegliche Skrupel und Rücksicht auf die schweren humanitären Folgen und das unermessliche Leid, das er damit seit fast zwei Wochen über so viele Menschen bringt. Nun versucht Russland dieses rücksichtslose und völkerrechtswidrige Verhalten durch immer wieder neue Lügen und absurde Realitätsverdrehungen zu rechtfertigen. Aber: das nimmt Ihnen niemand ab.

Denn Fakt ist: Russland ist mit seinen Truppen in die Ukraine einmarschiert und schafft damit eine neue Realität, die es selbst zu verschleiern sucht. Russland bombardiert eng besiedelte Städte und attackiert Krankenhäuser und zivile Infrastruktur. Russland fährt leichtfertig mit Panzern durch die Sperrzone von Tschernobyl und schießt auf das größte AKW Europas, um eigene militärische Ziele zu verfolgen. Die traurige Bilanz: Aufgrund der russischen Invasion sind bereits über 400 Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben gekommen, viele mehr wurden verletzt und traumatisiert, Millionen sind auf der Flucht – darunter viele Frauen und Kinder.

Diese Handlungen stellen einen schweren Bruch des Völkerrechts dar, den wir aufs Schärfste verurteilen. Russland zerstört damit die europäische Sicherheitsordnung, die wir uns gemeinsam über fast ein halbes Jahrhundert seit der Schlussakte von Helsinki aufgebaut haben. Die Ukraine macht vor diesem Hintergrund lediglich von ihrem Recht auf Selbstverteidigung nach Art. 51 der VN-Charta Gebrauch, um ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu schützen. Dieses Recht, ebenso wie die gesamte VN-Charta und die völkerrechtlichen Verpflichtungen und OSZE-Prinzipien, bilden die Grundlage für unser friedliches Zusammenleben auf dieser Welt – und dies werden wir weiter verteidigen, ebenso wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Russland allein trägt die Verantwortung, dass dieser sinnlose Krieg beendet wird. Keines der Verbrechen wird ungeahndet bleiben. Die Staatengemeinschaft hat in der VN-Generalversammlung ein klares Zeichen gesetzt, dass das russische Vorgehen nicht hinnehmbar ist. Folgen Sie dem Aufruf und ziehen Sie Ihre Truppen sofort und bedingungslos ab!

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert für Deutschland eine Zeitenwende für seine Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Krieg ist eine schwerwiegende Verletzung der VN-Charta, die für uns eine unumstößliche Basis des Zusammenlebens aller Staaten darstellt und die wir verteidigen. Deutschland handelt im Rahmen des Völkerrechts: Wir leisten einem angegriffenen Staat, der sich auf sein Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 der VN-Charta beruft, Nothilfe. Wir stehen weiterhin fest und solidarisch an der Seite der Ukraine und auf der Seite des Völkerrechts.

Herr Vorsitzender,

ich weise die russischen Vorwürfe eines angeblichen Genozids in aller Deutlichkeit zurück. Es weist nichts darauf hin, dass im Donbass ein Völkermord stattfindet oder stattgefunden hat. Das sehen auch sehr viele unabhängige Beobachter so. Wie auch mein Schweizer Kollege bereits ausgeführt hat, hat die SMM dafür keinerlei Hinweise gemeldet. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen sind in der Vergangenheit solchen Hinweisen nachgegangen und niemand von ihnen ist zu dem Schluss gekommen, dass es Hinweise auf einen Genozid gegeben hätte. Aus historischer Verantwortung für den Völkermord, den Nazi-Deutschland mit dem Holocaust angerichtet hat, nachdem es Europa mit Angriffskriegen überzogen hat, muss ich hier auf einen besonders sorgsamen Umgang mit diesem Begriff pochen. Er darf nicht leichtfertig benutzt werden.

Vielen Dank.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1003. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1009, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich mein tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass eine Reihe von Teilnehmerstaaten das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK) nach wie vor zu einer Plattform für das Anheizen der Konfrontation macht. Diesen Ansatz lehnen wir kategorisch ab. Es ist uns klar, dass unsere politischen Einschätzungen der Geschehnisse auseinandergehen. Sich damit aufzuhalten, ist jedoch schlichtweg gefährlich, insbesondere wenn es darum geht, Zivilistinnen und Zivilisten aus den von den ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten abgeriegelten Städten zu evakuieren. In der OSZE haben wir bereits gesehen, wie die westlichen Teilnehmerstaaten acht Jahre lang vor der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Regierung und vor dem Beschuss der Zivilbevölkerung im Donbass die Augen verschlossen haben, und wie sie dem grassierenden Nationalismus und Neonazismus in der Ukraine tatenlos zugesehen haben. Die katastrophalen Folgen dieser politischen Kurzsichtigkeit sind hinlänglich bekannt. Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Es ist an der Zeit, die opportunistische Doppelmoral aufzugeben, insbesondere, wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen.

Es ist bekannt, dass die Länder der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten von Amerika alle Anstrengungen unternehmen, um alle Medien und Informationskanäle zu schließen, die aus Russland über die Geschehnisse in der Ukraine, den Verlauf der militärischen Spezialoperation und das Vorgehen der ukrainischen Armee und der ukrainischen Neonazibataillone gegen die Zivilbevölkerung berichten. Heute werden wir das Informationsvakuum durchbrechen, in dem sich unsere Kolleginnen und Kollegen befinden. Wir wollen einen professionellen Austausch führen, der auf Fakten und nicht auf Mutmaßungen beruht.

Heute ist der 14. Tag der russischen Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, die gemäß Kapitel VII Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, mit Zustimmung des russischen Föderationsrats und in Umsetzung der Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die mit der Volksrepublik Donezk (VRD) und der Volksrepublik Luhansk (PRL) geschlossen und am 22. Februar von der Föderationsversammlung ratifiziert wurden, durchgeführt wird. Ihr Ziel wurde öffentlich verlautbart, nämlich die Verhinderung eines Völkermords an der Zivilbevölkerung des Donbass. Wir wussten mit Sicherheit, dass das Regime in Kyjiw eine offensive Operation im

Donbass vorbereitete, die im März dieses Jahres stattfinden sollte. Dies geht auch aus vertraulichen Dokumenten der Kommandeure der ukrainischen Nationalgarde hervor, die im Zuge der Spezialoperation entdeckt wurden. So enthält ein Befehl des Kommandeurs der Nationalgarde, Generaloberst Mykola Balan, vom 22. Januar, den unsere Kolleginnen und Kollegen jetzt auf dem Bildschirm sehen können, einen detaillierten Plan für die Vorbereitung von Offensivoperationen im Rahmen der so genannten *Operation der verbundenen Kräfte* im Donbass. Diesem Dokument zufolge wurde der stellvertretende Kommandeur der Nationalgarde beauftragt, vom 7. bis 28. Februar eine Gefechtsausbildung für ein Bataillon der Nationalgarde zusammen mit der 80. selbständigen Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte zu organisieren. Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass die letztgenannte Formation seit 2016 in Lviv von US-amerikanischen und britischen Ausbildern im Rahmen von Ausbildungsprogrammen nach NATO-Standards ausgebildet wird. Die am 24. Februar eingeleitete russische Militäroperation durchkreuzte die Pläne des Regimes von Kyjiw, die VRD und die PRL anzugreifen. Gleichzeitig bleibt die Frage offen, inwieweit die Vereinigten Staaten und andere NATO-Länder in die Planung und Vorbereitung eines Angriffs auf den Donbass durch einen ukrainischen TSK-übergreifenden Truppenverband eingebunden waren.

Herr Vorsitzender,

im Zuge der Spezialoperation werden mit Hochpräzisionswaffen ausschließlich militärische Infrastruktureinrichtungen ausgeschaltet, die zum Zweck der Militarisierung der Ukraine und der Durchführung einer brutalen Strafoperation gegen die Zivilbevölkerung des Donbass errichtet worden sind. Bislang wurden 2 581 ukrainische militärische Infrastruktureinrichtungen zerstört, darunter 90 Gefechtsstände und Fernmeldezentren der Streitkräfte, 123 Flugabwehrraketensysteme vom Typ S300, Buk M-1 und Osa sowie 81 Radarstationen. Insgesamt wurden 897 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 95 Mehrfachraketenwerfer-Systeme, 336 Feldartilleriegeschütze und Mörser, 662 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze und 84 unbemannte Luftfahrzeuge (UAV) außer Gefecht gesetzt.

Im Gegensatz zu den antirussischen Mantras unserer westlichen Partner über die Bedrohung der Ukraine geht die wahre Gefahr für das Land und seine Bevölkerung heute von neonazistischen Militärverbänden aus, die zahlreiche Kriegsverbrechen begehen und terroristische Methoden anwenden. Gleichzeitig hält die ukrainische Regierung ihre Versprechen nicht ein, dieser Barbarei Einhalt zu gebieten; sie entlässt Kriminelle aus den Gefängnissen und bewaffnet diese Personen, die dann als marodierende Banden in der ganzen Ukraine Gräueltaten begehen.

Die in den Regionen Lviv und Iwano-Frankiwsk aufgestellten nationalistischen Verbände fügen auf ihrem Rückzug aus dem Donbass der kritischen sozialen Infrastruktur und den öffentlichen Einrichtungen enorme Schäden zu. Die Wasserversorgung und die Stromversorgungssysteme sind am stärksten betroffen. Das Ziel dieser Aktionen ist es, im Donbass eine humanitäre Katastrophe herbeizuführen.

Die Militäreinheiten der VRD ziehen den Ring um Mariupol immer enger, wo Kämpferinnen und Kämpfer des nationalistischen Aow-Bataillons nachts die Werkshallen der Fabrik Asowstal vermint haben. Nach wie vor arbeiten Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt in der Anlage, obwohl die Nationalistinnen und Nationalisten sich darauf vorbereiten, die Fabrik mitsamt den Menschen in die Luft zu sprengen, falls die Verteidigungsanlagen der Stadt durchbrochen werden. Kämpferinnen und Kämpfern der

nationalistischen Bataillone Asow und Aidar beschießen die Einheiten der Volksmiliz, die in Mariupol einrücken, von Stellungen aus, die in Schulen, Krankenhäusern, Entbindungskliniken und Kindergärten eingerichtet wurden. Nach Angaben von Zivilistinnen und Zivilisten, denen die Flucht aus Mariupol gelungen ist, ist die Lage in der von den Nationalistinnen und Nationalisten besetzten Stadt überaus schwierig. Die Menschen verstecken sich in den Kellern. Die Nationalistinnen und Nationalisten eröffnen das Feuer auf alle Zivilpersonen, die versuchen, ihre Häuser zu verlassen. Sie bedienen sich einer terroristischen Taktik, indem sie Schießstände in Gebäuden einrichten, die sie mit Schildern versehen, auf denen zu lesen ist: „Nicht schießen – hier befinden sich Kinder!“

Das ist typisch für die ukrainischen Radikalen, und das haben sie nicht ohne die Hilfe der NATO-Partner gelernt. Die enge Verbindung zwischen dem Bündnis und den Formationen der radikal-nationalistischen Kräften wird durch den Fund eines Laptops mit NATO-Kennung im Hauptquartier des Rechten Sektors (einer in Russland als extremistisch eingestuft und verbotenen Organisation) belegt, der nachrichtendienstliche Daten über den Donbass und die Krim enthält. Wir erinnern uns auch sehr gut daran, wie Ukrainerinnen und Ukrainer auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw unter Anleitung ausländischer Ausbilderinnen und Ausbilder in den letzten Jahren mit westlicher Technik und einem *Kill-House-Simulator* den Orts- und Häuserkampf eingeübt haben. Die befragten ukrainischen Militärangehörigen verschweigen nicht, dass sie die Raketenwerfer Grad bewusst in der Nähe von Wohnhäusern aufstellen und die Zivilbevölkerung als Deckung nutzen und dass sie dabei von Spezialistinnen und Spezialisten aus NATO-Ländern angeleitet werden. So viel zum „harmlosen Verteidigungsbündnis“, das in Wirklichkeit ein Komplize der Kriegsverbrechen der ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten ist.

Herr Vorsitzender,

derzeit ist das Regime in Kyjiw kaum mehr in der Lage, die für die Regionen und Bezirke des Landes zuständigen Verwaltungen zu kontrollieren; die lokalen Behörden haben nicht das Recht, unabhängige Entscheidungen in Bezug auf die Zivilbevölkerung zu treffen, und sie sind nicht in der Lage, elementare soziale Fragen des täglichen Lebens zu lösen, da in der überwiegenden Mehrheit der Städte nationalistische Bataillone, Nazis und ausländische Söldnertruppen, die sich ihnen angeschlossen haben, ihr Unwesen treiben.

Russische Soldaten registrieren zunehmend das Auftauchen von Söldnertruppen aus Drittländern, darunter Albanien und Kroatien, von Kosovo-Kämpfern und sogar von Dschihadistinnen und Dschihadisten mit Kampferfahrung aus Syrien (es ist nicht verwunderlich, dass der Einsatz von sogenannten Dschihad-Mobilen, behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen in Fahrzeugen, bei den ukrainischen nationalistischen Bataillonen weit verbreitet ist). Allein in der vergangenen Woche kamen rund 200 Söldner und Söldnerinnen aus Kroatien über Polen und schlossen sich einem der nationalistischen Bataillone im Südosten der Ukraine an. Nach Angaben des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba befinden sich derzeit rund 20 000 weitere Söldnerinnen und Söldner aus 52 Staaten auf dem Weg in das Land. Für sie wurde offiziell Visafreiheit eingeführt. Gleichzeitig hat der US-Militärgeheimdienst eine groß angelegte Rekrutierungskampagne in Gang gesetzt, um Auftragnehmer privater Militärunternehmen für den Einsatz in der Ukraine anzuwerben. Es werden vor allem Beschäftigte der privaten US-Militärunternehmen *Academi*, *Cubic* und *Dean Corporation* angeworben.

Seien Sie gewarnt: Alle Söldner, die vom Westen zur Unterstützung des nationalistischen Regimes in Kyjiw entsandt werden, sind keine Kombattantinnen und Kombattanten im Sinne des humanitären Völkerrechts und haben keinen Anspruch auf den Status von Kriegsgefangenen. Die Strafverfolgung ist noch das Geringste, was ihnen bei einer Gefangennahme droht.

Herr Vorsitzender,

trotz der sich rapide verschlechternden humanitären Lage pumpen die westlichen Länder die Ukraine weiterhin mit Waffen voll. Etwa 50 militärische Transportflugzeuge aus den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Polen und Litauen trafen in diesem Jahr in dem Land ein, bevor eine militärische Spezialoperation eingeleitet wurde. Sie lieferten insgesamt mindestens 2 000 Tonnen moderner Waffen, Munition und Schutzausrüstung.

Wie man sieht, haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wieder einmal nicht nur ihre internationalen Verpflichtungen, sondern auch ihre nationalen Rechtsnormen im Bereich der Exportkontrolle leichtfertig umgangen, um eine russophobe Stimmung zu bedienen und eine Konfrontation mit der russischen Regierung anzufachen. Es genügt, daran zu erinnern, wie die US-Regierung „in Rekordzeit“ Lettland, Litauen und Estland die Genehmigung erteilte, in den USA hergestellte tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) und andere Waffen nach Kyjiw zu liefern. Wie Sie ebenfalls wissen, wurde die erste Sendung von 200 Stinger bereits von den Vereinigten Staaten an die Ukraine geliefert. Es ist bezeichnend, dass Deutschland zu einem der führenden Waffenlieferanten für die ukrainische Regierung wird: So beabsichtigt Deutschland, mehr als 2 000 Luftabwehrraketen vom Typ Strela-2- und 500 vom Typ Stinger zu liefern. Auch die Niederlande und anscheinend auch Italien sind mit dabei.

Die westlichen Länder, die sich so gern als „Heilige“ aufspielen, verschweigen jedoch, dass sie die Resolution 62/40 der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2007 zur Verhinderung des unerlaubten Transfers von MANPADS, des unbefugten Zugangs zu ihnen und ihres unbefugten Einsatzes, die im Rahmen des Wassenaar-Arrangements verabschiedeten Elemente für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS aus dem Jahr 2003 und die 2004 vom OSZE-Ministerrat in Sofia verabschiedeten und durch den FSK-Beschluss Nr. 5/08 aktualisierten OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS unverhohlen missachteten. Wir erinnern uns noch gut daran, wie unsere US-Kolleginnen und Kollegen vor nicht allzu langer Zeit um die Welt eilten, um für ihre Idee zu werben, die Ausfuhr von MANPADS grundsätzlich zu minimieren und über jedes ins Ausland verbrachte Gerät Buch zu führen. Was ist aus dem konstruktiven Eifer unserer US-Kolleginnen und Kollegen geworden, die den Prozess der Aktualisierung des MANPADS-Praxisleitfadens der OSZE beaufsichtigten und zwei Jahre in Folge darauf bestanden, dass Passagen über die Notwendigkeit einer zuverlässigen Kontrolle derartiger Waffensysteme in die Entwürfe für Ministerratsbeschlüsse über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) aufgenommen werden? Es ist klar, dass es den Amerikanern und ihren Verbündeten inzwischen herzlich egal ist, ob diese MANPADS vor Ort von ukrainischen Radikalen eingesetzt werden oder ob sie ihren Weg in andere „Krisenherde“ finden.

Apropos SALW und SCA: Massive Lieferungen von Kleinwaffen und leichten Waffen in die Ukraine sind aus der Tschechischen Republik (4 000 Granatwerfer, 30 000 Pistolen, 5 000 Sturmgewehre, 5 000 Maschinengewehre sowie Scharfschützengewehre), Polen (100 Granatwerfer samt 1 500 Schuss Munition), Kanada (Maschinengewehre und Kleinwaffen) und Finnland (2 500 Gewehre samt Munition) geplant. Auch die Vereinigten Staaten konnten nicht tatenlos zusehen. Als Hauptsponsor des Regimes in Kyjiw stellen sie ein „zusätzliches“ Hilfspaket im Wert von 350 Millionen US-Dollar bereit, damit die Ukraine Panzerabwehrwaffen und Kleinwaffen erwerben kann. Deutschland, Belgien und Lettland haben Treibstoff zugesagt.

Wir möchten betonen, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit den ukrainischen Radikalen die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die Zerstörung im Donbass tragen. Darüber hinaus stellt ihr Vorgehen einen groben Verstoß gegen Abschnitt II Absatz 4 der Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen (1993) und Abschnitt III Buchstabe A des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (2000) dar, in denen die Teilnehmerstaaten davor gewarnt werden, Waffen an Länder zu liefern, in den die innenpolitische Lage instabil ist. Die Lieferung von Militärgütern an die ukrainische Regierung stehen auch im Widerspruch zu den Verpflichtungen der westlichen Länder aus dem Vertrag über den Waffenhandel und dem Gemeinsamen Standpunkt der EU, der Waffenexporten in Regionen verbietet, in denen diese zu einer Verletzung des humanitären Völkerrechts führen und zur Verschärfung innerstaatlicher bewaffneter Konflikte beitragen würden.

Die Fortsetzung der Waffenlieferungen stellt ein inakzeptables Risiko für die gesamteuropäische Sicherheit dar. Damit würde eine Brutstätte für die unerlaubte Verbreitung von Waffen und Munition in Europa und darüber hinaus geschaffen. Hinzu kommt, dass Waffen militärische Ziele sind und per definitionem nicht garantiert werden kann, dass sie unversehrt bleiben. Die Organisation von Waffenkonvois ist äußerst gefährlich und könnte zu einer Konfrontation zwischen Russland und den NATO-Ländern führen, was schwerwiegende Folgen hätte.

Wir fordern das Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats auf, die offenkundigen Verstöße westlicher Teilnehmerstaaten gegen ihre OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die sichere Lagerung von SALW, SCA und MANPADS und die Verhinderung, dass diese in die falschen Hände geraten, konsequent zu beurteilen.

Herr Vorsitzender,

die nukleare und bakteriologische Sicherheitslage in der Ukraine steht weiterhin im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit.

Trotz der in den Medien verbreiteten Unterstellungen ist die Lage im Kernkraftwerk Tschernobyl stabil. Russische und ukrainische Militärangehörige sorgen gemeinsam für seinen Schutz und kontrollieren die Strahlenbelastung. Wir behindern die Rotation des Personals nicht, sondern gehen davon aus, dass diese Aufgabe von der ukrainischen Seite wahrgenommen wird.

In den frühen Morgenstunden des 4. März unternahmen ukrainische Nationalistinnen und Nationalisten eine gefährliche Provokation am KKW Saporischschja, die von russischen Militärangehörigen sofort vereitelt wurde. Die Internationale Atomenergie-Organisation hat bestätigt, dass die Sicherheitssysteme des KKW Saporischschja nicht beeinträchtigt wurden und dass keine Strahlung freigesetzt wurde. Die Behauptungen von Wolodymyr Selenskyj über eine angebliche Bedrohung des Kernkraftwerks und seine Gespräche mit Washington und London lassen keinen Zweifel: Das Regime in Kyjiw verfolgte mit seiner Provokation am Standort der Nuklearanlage das Ziel, Russland zu beschuldigen, eine Quelle radioaktiver Verstrahlung zu schaffen. All dies deutet darauf hin, dass Selenskyj verbrecherische Absichten verfolgt oder dass er die Kontrolle über die Aktionen der ukrainischen subversiven Gruppen, die ausländische Söldnertruppen einsetzen, völlig verloren hat.

Aus den uns vorliegenden Informationen geht hervor, dass in der Ukraine Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Entwicklung eines nuklearen Sprengsatzes durchgeführt wurden, der anschließend zum Bau von Atomsprengköpfen verwendet werden könnte, wobei sowohl an Uran als auch an Plutonium gearbeitet wurde. Bei der Entwicklung eines nuklearen Sprengsatzes wurde dem nationalen wissenschaftlichen Zentrum „Institut für Physik und Technologie Charkiw“ eine Schlüsselrolle zugewiesen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der ukrainische Sicherheitsdienst und die Kämpferinnen und Kämpfer des Aow-Bataillons den Reaktor der experimentellen Nuklearanlage in diesem Institut vermint haben, um eine Provokation mit möglicher radioaktiver Verseuchung des Gebiets um Charkiw vorzubereiten. Wir fordern sie dringend auf, zur Vernunft zu kommen und eine Katastrophe zu verhindern.

Bei der Durchführung der militärischen Sonderoperation wurden Beweise dafür entdeckt, dass das Regime in Kyjiw die Spuren des militärischen biologischen Programms, das in der Ukraine mit finanzieller Unterstützung des US-Verteidigungsministeriums durchgeführt wird, in aller Eile beseitigt hat. Russische Militärangehörige erhielten vom Personal der ukrainischen biologischen Laboratorien Unterlagen, die die dringende Vernichtung besonders gefährlicher Erreger von Pest, Milzbrand, Tularämie, Cholera und anderen tödlichen Krankheiten am 24. Februar bescheinigten. Mit anderen Worten: Komponenten für biologische Waffen wurden in unmittelbarer Nähe des russischen Hoheitsgebiets entwickelt. Auftraggeber dieser Arbeiten war die *Defense Threat Reduction Agency* des US-Verteidigungsministeriums. Die Arbeiten dienten in erster Linie der Überwachung der biologischen Situation in potenziellen Einsatzgebieten von Militärkontingenten der NATO-Staaten. Um zu verhindern, dass Beweise für die Verletzung von Artikel 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen („Übereinkommen über biologische Waffen und Toxinwaffen“) durch die Vereinigten Staaten und die Ukraine ans Licht kommen, übermittelte das ukrainische Gesundheitsministerium allen biologischen Laboratorien eine Anweisung, alle dort gelagerten Bestände gefährlicher Krankheitserreger unverzüglich zu beseitigen. Unsere Kollegen können einen Teil dieses Beweismaterials auf den Dias sehen, darunter die Anweisung des ukrainischen Gesundheitsministeriums zur Vernichtung von Krankheitserregern und die Aufzeichnungen über die Vernichtung, die in den biologischen Laboratorien in Poltawa und Charkiw durchgeführt wurde. Die Analyse der Vernichtungsprotokolle deutet darauf hin, dass in einem biologischen Laboratorium in Lwiw mit Erregern von Pest, Milzbrand und Brucellose gearbeitet wurde und in den Labors in Charkiw und Poltawa mit Erregern von Diphtherie, Salmonellen und Ruhr. Wir sind der Auffassung, dass es längst

überfälliger umfassender Schritte bedarf, um sicherzustellen, dass die Vertragsstaaten des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen ihren Verpflichtungen nachweislich nachkommen, damit die militärischen biologischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im postsowjetischen Raum einer strengen internationalen Kontrolle unterworfen werden.

Herr Vorsitzender,

die humanitäre Lage in der Ukraine nimmt das Ausmaß einer Katastrophe an. Ukrainische Neonazis und Radikale halten 4,5 Millionen Menschen, darunter etwa 2 000 Ausländer, als Geiseln fest, benutzen sie als „menschliche Schutzschilde“ und lassen nicht zu, dass sie evakuiert werden. Das Regime in Kyjiw tut alles in seiner Macht Stehende, um ausreisewillige Zivilistinnen und Zivilisten und Ausländerinnen und Ausländer an der Ausreise nach Russland zu hindern, da es befürchtet, dass durch diese Menschen, wenn sie es in die Freiheit schaffen, die Wahrheit über die Aktionen der ukrainischen Radikalen ans Licht kommt. Darüber hinaus wird jede von der russischen Seite angekündigte Feuerpause von den Nationalistinnen und Nationalisten ausgenutzt, um ihre Stellungen zu verstärken und militärisches Gerät zu verlagern, wie Drohnenaufnahmen zeigen.

Wir betonen, dass der Einsatz der Zivilbevölkerung als „menschliche Schutzschilde“ und die Verhinderung der Evakuierung von Zivilpersonen über humanitäre Korridore einen direkten Verstoß gegen die Normen des humanitären Völkerrechts darstellen, einschließlich Artikel 57 und 58 des Protokolls I zu den Genfer Konventionen von 1949. Weder die westlichen Länder noch die Vereinten Nationen oder die OSZE haben bisher eine angemessene Bewertung der Geschehnisse vorgenommen. Wie lange müssen die ukrainische Zivilbevölkerung und Tausende von Ausländerinnen und Ausländern noch in Angst und unter erniedrigenden Bedingungen leben, ehe die zivilisierte Welt ihre Augen öffnet?

In Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung der humanitären Komponente der militärischen Spezialoperation in der Ukraine hat die Führung unseres Landes beschlossen, im russischen Verteidigungsministerium, genauer gesagt im Streitkräftekontrollzentrum der Russischen Föderation, eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle für humanitäre Hilfe einzurichten, die rund um die Uhr arbeitet. Wir haben bereits 2,5 Millionen Anträge von ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern und Ausländerinnen und Ausländern erhalten, die um eine Evakuierung nach Russland ersucht haben.

Insbesondere möchte ich betonen, dass genaue Informationen über die humanitären Korridore im Voraus an die ukrainische Seite, an die Vertreterinnen und Vertreter der Botschaften ausländischer Staaten und an die Strukturen der Vereinten Nationen, der OSZE und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz übermittelt wurden. Obwohl die Eckdaten für humanitäre Korridore aus Kyjiw, Mariupol, Sumy und Charkiw mit der stellvertretenden ukrainischen Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk vereinbart worden waren, wurde die Evakuierung der Menschen aus diesen Städten am 4. und 7. März von Radikalen behindert. Diejenigen, die sich am 4. März entschlossen, Mariupol auf eigene Gefahr hin zu verlassen, wurden von ukrainischen Nazis beschossen, als sie sich von den Kontrollpunkten auf den Weg machten. Am 7. März bezeichnete Wereschtschuk die Öffnung der humanitären Korridore nach Russland als „absurd und inakzeptabel“. Diese Lage wurde von den Vereinten Nationen dahingehend kommentiert, dass Zivilistinnen und Zivilisten die Möglichkeit haben sollten, „dorthin evakuiert zu werden, wohin sie wollen“.

Darüber hinaus haben die ukrainischen Behörden über Internet und Fernsehen die Bevölkerung von Mariupol von sich aus über die Verschiebung der Evakuierung informiert, weil die russische Seite angeblich die zugesagte Feuerpause nicht eingehalten habe. In diesem Zusammenhang wandte sich ein Berater der ukrainischen Präsidentschaftskanzlei, Oleksij Arestowytsch an die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger mit der Aufforderung, „Hört auf zu jammern“, womit er ihnen zu verstehen gab, dass sie auf Gedeih und Verderb sich selbst überlassen seien. Das ist eine völlige Irreführung und Verrat am eigenen Volk.

In den frühen Morgenstunden des 8. März begann unser Land mit der Durchführung einer weiteren humanitären Operation. Leider bestätigte die ukrainische Seite nur eine der zehn Routen, die ihr vorgeschlagen wurden, nämlich von der Stadt Sumy über Poltawa. Dank der beispiellosen Sicherheitsmaßnahmen der Streitkräfte der Russischen Föderation konnten 723 Personen, darunter auch Ausländerinnen und Ausländer, über diese Route evakuiert werden.

Trotz der ständigen Behinderungen der Maßnahmen zur Einrichtung humanitärer Korridore durch die ukrainische Seite hat unser Land heute eine Feuerpause ab 10 Uhr (Moskauer Zeit) verkündet und seine Bereitschaft bekräftigt, mit der ukrainischen Seite eine Vereinbarung über die Einrichtung humanitärer Korridore aus Kyjiw, Tschernihiw, Sumy, Charkiw, Mariupol und anderen Orten zu treffen. Meine Kolleginnen und Kollegen können die dringende Erklärung des russischen Hauptquartiers für die Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine auf der offiziellen Website des Verteidigungsministeriums lesen.

Aussagen, eine Evakuierung nach Russland sei nicht möglich, sind falsch. Mehr als 174 000 Menschen, darunter 44 187 Kinder aus der Zone, in der die militärische Spezialoperation durchgeführt wird, wurden von unserem Land ohne jegliche Mitwirkung der ukrainischen Seite aufgenommen. In den letzten 24 Stunden wurden insgesamt 5 550 Menschen, darunter 740 Kinder aufgenommen. Wir sind dabei, provisorische Unterbringungszentren einzurichten. Wir leisten humanitäre Hilfe in den vom russischen Militär kontrollierten Gebieten (946 Tonnen wurden bereits geliefert), wo die Bevölkerung weiterhin in Frieden lebt und mit allem versorgt wird, was sie braucht.

Wir rufen die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihren Einfluss auf das Regime in Kyjiw geltend zu machen, damit dieses sich nach Treu und Glauben um die Einrichtung humanitärer Korridore und deren Sicherung bemüht, damit alle Evakuierungswilligen dorthin evakuiert werden können, wohin sie das wünschen. Das ist jetzt die vordringlichste Aufgabe.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich als Antwort auf die lautstarken antirussischen Erklärungen westlicher Delegationen daran erinnern, dass die russische Regierung vor kurzem ihre Liste der unfreundlichen Länder offiziell erweitert hat. Neben den Vereinigten Staaten und der Tschechischen Republik zählen nun auch alle Länder der Europäischen Union, das Vereinigte Königreich und einige andere dazu. Ihre eigenen Spielregeln werden auf sie angewandt werden. Diese Länder haben immer wieder versucht, ihre Bedingungen als Teil einer Art „regelbasierten Ordnung“ durchzusetzen. Von nun an werden sie nach unseren Regeln spielen müssen, bis sie die allgemein gültigen Regeln anerkennen.

Ich kann nicht umhin, die westliche Politik der Sanktionen gegen Russland zu erwähnen. Sie sind schmerzhaft für unser Volk, aber wir werden durchhalten. Russland hat bereits damit begonnen, eine Antwort an die unfreundlichen Staaten zu formulieren. Was Sie derzeit auf den Weltmärkten erleben, ist nur ein Vorspiel. Die eigentlichen Sanktionen stehen Ihnen noch bevor, wenn Sie nicht zur Vernunft kommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.